



22.09.2009

P R E S S E M I T T E I L U N G

Handeln in der Krise! Kommunalpolitiker der SPD fordern regionale Initiativen zur Sicherung und zum Ausbau von Arbeitsplätzen.

„Es ist ein gutes Ergebnis“, so die SPD Vorsitzende im Unterbezirk, dass bei dem gemeinsamen Gespräch der SPD Stadtrats- und Kreistagsfraktionen mit Gewerkschaften, Betriebsräten, Vertrauensleuten und Jugendvertretungen eine gemeinsame Botschaft erreicht wurde. Alle stimmen überein: **Wir wollen der Arbeitsmarktkrise in unserer Region trotzen!**

Das Kommunalpolitikertreffen der SPD mit den Gewerkschaften und den Betriebsräten im Bernhard Junker Haus endete deshalb auch mit einem klaren Ergebnis: In der Krise wollen wir Handeln! Wir wollen Lösungen, um den Stellenabbau bei Mahle und Takata Petri und vielen anderen Betrieben zu verhindern. Zwei konträre Entwicklungen stehen derzeit im Arbeitsmarkt gegenüber. Vor allem die Automobilzulieferbranche baut Arbeitsplätze ab, der Gesundheitsbereich sucht händeringend nach qualifiziertem Personal. Widersprüchlicher kann der Arbeitsmarkt nicht sein, so Walter Roth, für die SPD Stadtratsfraktion, der den Fachkräftebedarf in den Gesundheitsberufen als gute Chance sieht. Allen wird an diesem Abend aber klar: Wir müssen dringend die industriellen Arbeitsplätze in der Region sichern. Brigitte Gräbner, von der SPD-Kreistagsfraktion, als auch Walter Roth, Stellvertretender Vorsitzender der SPD-Stadtratsfraktion sind sich bewusst: **„Wir brauchen regionale Initiativen zur Sicherung und zum Ausbau von Arbeitsplätzen“.**

Wir brauchen, den Schulterschluss mit wirtschaftlichen Akteuren, um frühzeitig von den Problemen zu erfahren. Die Stadt Aschaffenburg und der Landkreis müssen konkrete Ansprechpartner benennen, damit sichergestellt werden kann, dass man frühzeitig von Schwierigkeiten in den Firmen erfährt und damit gegensteuern kann.

Wir brauchen eine Initiative: **„Qualifizieren statt Entlassen“.** Es muss eine gemeinsame Weiterbildungsinitiative der Unternehmen in Gang gebracht werden. Dazu soll die interne Weiterbildung auch für Mitarbeiter anderer Unternehmen geöffnet werden. Eine besondere Aufmerksamkeit gilt der beruflichen Ausbildung. Alle sind sich einig: Die Konjunkturkrise, darf nicht zur Ausbildungskrise werden. Deshalb brauchen wir für 2009 und 2010 mindestens das gleiche Angebot an Ausbildungsplätzen. Viele Jugendliche sind nach der Berufsausbildung und dem Studium beschäftigungslos. Wir wollen deshalb Beschäftigungsbrücken suchen, wie sie die Metall und Elektroindustrie vorbildlich anbietet. Die Region muss Arbeitslosigkeit nach der Berufsausbildung für junge Menschen unbedingt vermeiden und den regionalen Unternehmen bewährten Nachwuchs für die Zeit nach der Krise sichern.

Wir können auch nicht auf dem „Bewährten“ stehen bleiben. Die Region braucht einen „Zukunftsentwurf“ wie Beschäftigung langfristig gesichert und neue Arbeitsplätze in der Region erhalten werden können. Kommunalpolitiker und Gewerkschaften werden deshalb im Stadtrat und im Kreistag gemeinsam konkrete Anträge erarbeiten und zur Abstimmung stellen: